Soziales / Bildung

Rat ö 28.06.2011

Aktionsplan „Inklusives Osnabrück“ (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 6 c)

Beratungsverlauf:

Frau Jacobsen erläutert namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einzelheiten des umfangreichen Antragstextes und begründet diesen. Sie legt dar, dass der Zeitrahmen für die Umsetzung des Aktionsplanes und damit die vollständige Realisierung eines „Inklusiven Osnabrück“ zunächst zehn Jahre betragen soll, wobei jährlich über die erzielten Fortschritte öffentlich Bericht zu erstatten sei.

Frau Westermann nimmt namens der CDU-Fraktion zu dem Antrag Stellung, dessen Inhalt sie als bedeutendes Thema für die nächsten Jahre bezeichnet. Sie spricht sich im Hinblick auf die weitreichenden Arbeitsaufträge, die aus der Antragsstellung erwachsen, dafür aus, die Einzelheiten im Behindertenforum und im Sozialausschuss zu behandeln.

Frau Wachtel hebt die Bedeutung des Inklusionsprozesses als kommunale Pflichtaufgabe hervor und spricht sich dafür aus, eine Erhebung des derzeitigen Sachstandes in die Ausschussberatung einzubeziehen.

Herr Staben bringt die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Antragsinhalt, wie zur Verweisung ins Behindertenforum und in den Sozialausschuss zum Ausdruck und verweist auf die hervorragenden Ergebnisse, die bei der Erarbeitung des Aktionsplanes für ein barrierefreies Osnabrück durch Einbeziehung der Betroffenen in die Gespräche erzielt werden konnten

Abweichender Beschluss:

- Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung aller relevanten Fachbereiche, Eigenbetriebe und Beteiligungen einen Aktionsplan "Inklusives Gemeinwesen" für die Realisierung von Inklusion in Osnabrück unter Berücksichtigung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erstellen. Sie wird ein Verfahren entwickeln, bei dem Politik, insbesondere das Behindertenforum, Verwaltung, freie Träger und Initiativen an der Erstellung des Aktionsplans und dessen Weiterentwicklung kontinuierlich beteiligt werden.
- Der Aktionsplan soll zunächst den Status quo der Stadt Osnabrück auf dem Weg zu einem inklusiven Gemeinwesen aufzeigen. Er beinhaltet im nächsten Schritt Maßnahmen, die sicherstellen, dass zukünftig die Zielsetzungen der UN-Behindertenkonvention grundsätzlich in allen Arbeitsfeldern angemessen berücksichtigt werden. Der Zeitrahmen für die Umsetzung des Aktionsplans und damit die vollständige Realisierung eines inklusiven Osnabrück soll zunächst zehn Jahre betragen.
- Zum Stand der Umsetzung der geeigneten Maßnahmen und zum Erreichungsgrad der mittelfristigen Ziele ist den politischen Vertretungen (Sozialausschuss, Rat, Behindertenforum) und der Öffentlichkeit jährlich Bericht zu erstatten
- Die Verwaltung prüft die Einrichtung einer "Fachstelle" für Inklusion" und wird beauftragt, einen geeigneten Organisationsvorschlag zu erarbeiten.
- Ein inklusives Gemeinwesen erfordert auch eine entsprechende Sensibilisierung der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch der Bevölkerung, um eine "inklusive Gesellschaft" in Osnabrück nicht nur formal, sondern auch im alltäglichen Leben und "in den Köpfen der Menschen" umsetzen zu können. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, durch entsprechende Fortbildungen und über kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Inklusion zu informieren.

Die Einzelhalten des vorstehenden Antrages werden im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Behindertenforum behandelt.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird einstimmig **angenommen**.